



Politische Forderungen zur Verbesserung des digitalen Diskurses

Im Folgenden formuliert sind **Forderungen an Politik, Institutionen und Social Media Plattformen** mit dem Ziel der **Verbesserung des digitalen Diskurses in sozialen Netzwerken**.

Der digitale Diskurs in sozialen Medien ist ein **relevanter und mächtiger Teil des gesamtgesellschaftlichen, vopolitischen Raums**. Was hier geschieht, hat Einfluss auf gesellschaftliche und persönliche Realität, beeinflusst Stimmungen und politisches Verhalten.

Wir nehmen hier in den letzten Jahren eine **Verschärfung und Verrohung** wahr und beobachten destruktive Geschehnisse, die wir nicht unbeachtet lassen, sondern konstruktiv positiv beeinflussen wollen. Es findet eine **zunehmende Instrumentalisierung des digitalen Diskurses** aus antidemokratischer Richtung statt.

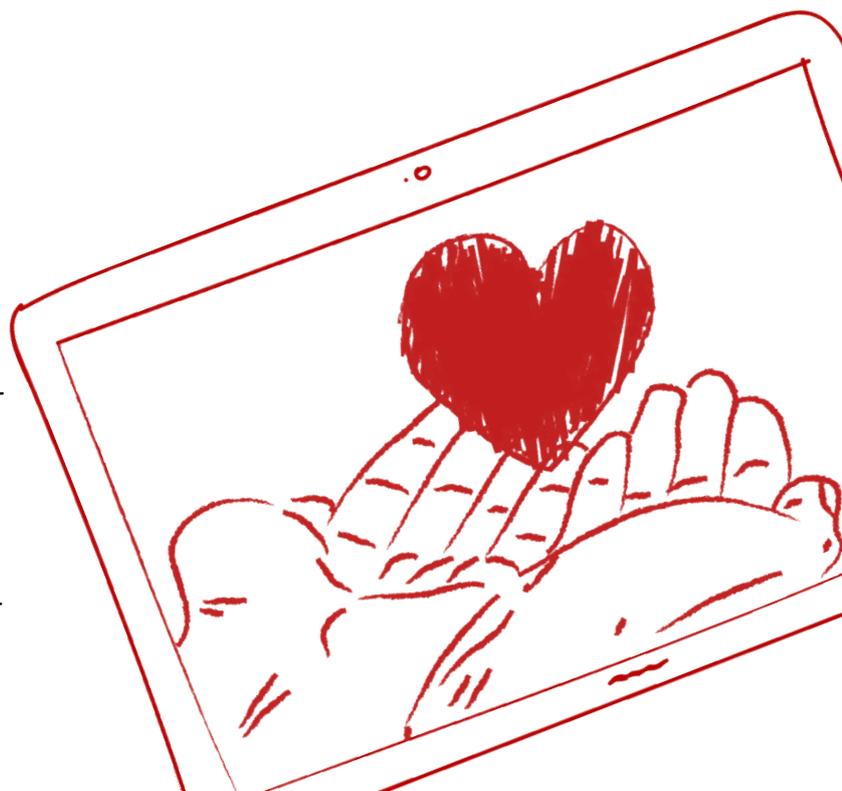
Unliebsame Teilnehmer werden dabei **abgedrängt, eingeschüchtert oder bedroht**, um sie aus dem Diskurs zu verdrängen. Die aktuellen Rahmenbedingungen machen es leicht, die sozialen Medien für ebensolche Zwecke systematisch, mit geringem Aufwand und mit großer Reichweite zu missbrauchen.

Unser Ziel ist es, den Diskurs wieder zu versachlichen und zu einer Zivilisiertheit zurückzuführen, sodass wir alle wieder daran teilnehmen können. Ein sachlicher Diskurs bietet die Möglichkeit zu **respektvoller Begegnung** und einem **vernünftigen gesellschaftlichen Miteinander** sowie die **Grundlage für neutrale politische Meinungsbildung**.

Die sozialen Medien müssen sich stark machen gegen aggressive, destruktive, menschenwürdige und antidemokratische Einflussnahme.

Da wir im Folgenden immer wieder Bezug auf das Phänomen Hatespeech nehmen werden, wollen wir hier einmal definieren, was wir unter dem Begriff verstehen:

Hatespeech (dt. Hassrede) bezeichnet (oft strafrechtlich relevante) Äußerungen, die beleidigend, herabwürdigend oder diskriminierend an Personen oder Gruppen aufgrund von deren Eigenschaften oder Meinungen gerichtet sind. Das Ziel dahinter ist, dieser/n Person/en zu schaden, sie einzuschüchtern, zu provozieren, zu diffamieren, oder generell gegen sie aufzuhetzen.





Politische Forderungen zur Verbesserung des digitalen Diskurses

Die Probleme

A. Das Diskursklima hat sich verschärft, es ist hasserfüllt.

Dort, wo in sozialen Netzwerken unterschiedliche Meinungen aufeinander treffen (z. B. in Kommentarspalten von Medien), hat sich der Ton verschärft. Hier diskutieren Vertreter unterschiedlicher politischer Lager zunehmend auf eine Art und Weise miteinander, die den Boden sachlicher, aber direkter Auseinandersetzung unterschiedlicher Meinungen längst verlassen hat. Schnell wird pauschalisiert, es herrscht ein Schwarz-Weiß-Denken, Argumente werden persönlich und scheinen oft nicht mehr dem Austausch, sondern nur der Durchsetzung der eigenen Meinung zu dienen. Wo emotionalisierende Themen besprochen werden, kommt es regelmäßig zu Aufrufen zu Gewalt, also zur Überschreitung der Grenze zum strafrechtlich relevanten Raum. Das Thema ist so weitläufig bekannt, dass viele Menschen den digitalen Diskursraum längst verlassen haben oder ihn gar nicht erst betreten. Sie nehmen am Diskurs nicht (mehr) teil.

B. Der digitale Diskurs wird mit Fakeaccounts durch Netzwerke und Trollfabriken aktiv politisch beeinflusst, um ein verzerrtes Meinungsbild entstehen zu lassen.

Der aggressiv gewordene Grundton im digitalen Diskurs ist nicht allein auf eine scheinbar veränderte Stimmung der Nutzer zurückzuführen, sondern wird systematisch beeinflusst, um diesen Eindruck künstlich zu erschaffen. Hier agieren politisch motivierte Netzwerke im In- und Ausland mit Fakeaccounts, um die Menge der Vertreter einer bestimmten Meinung deutlich größer erscheinen zu lassen, als sie ist. Das Ziel ist die Beeinflussung der echten Nutzer zugunsten der eigenen politischen Überzeugungen, die inhaltlich der neuen Rechten zuzuordnen sind.

Hier wird die Gramsci'sche Annahme verfolgt, dass zuerst der vorpolitische Raum (Meinungen, Diskurs) beeinflusst werden muss, um politische Veränderungen herbeiführen zu können. So agieren die beschriebenen Netzwerke beispielsweise besonders stark vor wichtigen Wahlen, um diese zu beeinflussen. Das Ergebnis ist eine simulierte Mehrheitsmeinung der Feindlichkeit, Ablehnung und Spaltung, die mit der Realität wenig zu tun hat. Sie ist aber in der Lage, durch Vorschützen falscher Tatsachen Einfluss auf den Diskurs zu nehmen, das gesellschaftliche Klima zu verschärfen und den Zusammenhalt anzugreifen. Immer wieder werden aus hasserfüllten Worten hasserfüllte Taten.





Politische Forderungen zur Verbesserung des digitalen Diskurses

Die Probleme

C. Nutzer werden eingeschüchtert und aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt.

Gemäßigte Nutzer werden durch das entstehende Klima abgeschreckt und verlassen den Diskurs. Durch diesen systematischen Effekt wird das Gesprächsklima immer stärker von aggressiven Tönen beherrscht, was wiederum weitere gemäßigte Nutzer zum Gehen bewegt. Der Abwanderungseffekt potenziert sich, der Diskurs radikalisiert sich.

E. Viele Nutzer wissen nicht, was sie gegen Hass im Netz tun können.

Der durchschnittliche Nutzer kennt sich mit dem Thema Hatespeech und Gegenstrategien kaum aus, was digitale Zivilcourage schwierig macht: Wer nicht weiß, welche Handlung helfen würde und welche den Fall möglicherweise schlimmer macht, wird im Zweifelsfall gar nichts tun.

D. Problematische Inhalte werden gelöscht, statt sie zur Anzeige zu bringen. Die Beurteilung erfolgt durch die Plattformen selbst, primär basierend auf deren Gemeinschaftsstandards, statt durch die zuständigen Strafverfolgungsbehörden.

Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) führt zwar zu einer schnellen Prüfung gemeldeter Inhalte, allerdings werden diese im Zweifelsfall nur gelöscht, aber nicht juristisch geahndet. Strafrechtlich relevante Inhalte werden also nicht automatisch den Behörden übergeben, Täter haben nur Löschung und Accountsperrern zu fürchten. Zusätzlich sind die Gemeinschaftsstandards der Plattformen nicht zwingend deckungsgleich mit deutschem Recht, sodass eine privatisierte Strafverfolgung stattfindet.

F. Strafverfolgungsbehörden fehlt Personal, um Cybercrimefälle ausreichend verfolgen zu können. Erstanlaufstellen für Betroffene (wie z. B. Polizei) sind oft nicht ausreichend für das Thema sensibilisiert.

Angesichts der Masse an strafrechtlich relevanten Beiträgen fehlt es an Personal, um diese zu prüfen, ggf. zur Anzeige zu bringen, den verantwortlichen Nutzer bei der Plattform herauszufinden, etc. Dadurch wird eine systematische Bearbeitung erschwert. Hinzu kommt, dass dort, wo sich Betroffene an Erstanlaufstellen wie die örtliche Polizei wenden, oft die Sensibilität zum Thema und seiner Relevanz fehlt. Entsprechend schlecht ist die erwartete Unterstützung, was wiederum Einfluss auf die Entscheidung hat, einen Fall überhaupt zur Anzeige zu bringen. Beide Faktoren führen letzten Endes dazu, dass eine große Menge an Tätern straffrei bleibt und weiterhin unbehelligt Hatespeech verbreiten kann.



Politische Forderungen zur Verbesserung des digitalen Diskurses

Die Ziele

Wir wollen Hatespeech den Nährboden nehmen.

Wir streben nach einer Eindämmung der systematischen Bedingungen, die das massive Verbreiten von Hatespeech und Einschüchterung bequem, einfach und effizient machen. Diese Eindämmung soll so minimalinvasiv wie möglich und nur so umfangreich wie unbedingt nötig sein, um digitale Bewegungsfreiheit, wo immer möglich, zu erhalten und diese nur da einzuschränken, wo sie die Freiheiten Anderer bedroht.

Wir wollen Betroffene unterstützen.

Wir wollen im Internet ein Klima schaffen, in dem Betroffene direkt innerhalb jenen Diskurses, in dem sie angegriffen werden, Unterstützung durch andere Nutzer erfahren. Auch muss es leichter werden, als Betroffene/r rechtliche Schritte einzuleiten.

Wir wollen Täter juristisch zur Rechenschaft ziehen.

Wer seine Mitmenschen beleidigt, bedroht oder ihre Sicherheit gefährdet, sollte für diese Handlungen gemäß der geltenden Gesetzeslage zur Rechenschaft gezogen werden - unabhängig davon, ob diese online oder offline geschehen.

Wir wollen das aktive Verzerren des scheinbaren Mehrheitsmeinungsbildes unterbinden.

Der digitale Diskurs ist Teil des vorpolitischen Raumes unserer Gesellschaft. Diskussionen, die hier geführt werden, fließen ein in die Meinungsbildung der Bürger, beeinflussen das Miteinander und die Wahlentscheidungen. Hier sollen Meinungen aufeinander treffen können, ohne dass eine Seite sich größer machen kann, als sie ist, um Mitleser zu manipulieren oder Andersdenkende einzuschüchtern.

Wir wollen Nutzer von sozialen Netzwerken sowohl für einen aktiven, respektvollen, sachlichen Austausch sensibilisieren, als auch dafür, wie man sich gegen Hatespeech schützen kann.

Wir wollen, dass das Internet ein Raum für offenen, respektvollen Diskurs auf demokratischer Basis ist. Hier sollen Ideen gegeneinander antreten und kritisch diskutiert werden können, ohne dass jemand mit verbaler oder physischer Gewalt bedroht oder bedacht wird. Es braucht dazu eine beherzte, aktive Teilnahme am Diskurs aller demokratisch orientierten Nutzer, das Aushalten von anderen, demokratischen Meinungen und Respekt vor politisch Andersdenkenden. Des Weiteren müssen Strategien zur Abwehr antidemokratischer Tendenzen bekannt sein. Ein grundlegender Selbstschutz gegen Hatespeech sollte allen vertraut sein, um auch bei Angriffen im Diskurs zu bleiben.



Politische Forderungen zur Verbesserung des digitalen Diskurses

Die Forderungen

Plattformen

1. Fake Accounts und Social Bots abschalten

Wir fordern das Abschalten sämtlicher Fake-Accounts und Social Bots in den sozialen Medien. Ziel dieser Maßnahme ist das Beenden der systematischen Manipulation der öffentlichen Meinung im digitalen Diskurs durch simulierte Meinungsmehrheit. Die manipulative politische Einflussnahme durch Trolle und politische Netzwerke wird erschwert.

2. Plattformen verantwortlich machen

Plattformen sozialer Netzwerke müssen rechtlich und finanziell verantwortlich gemacht werden für das, was bei ihnen passiert. So müssen sowohl einzelne Accounts, die wiederholt durch strafrechtlich relevante Inhalte auffallen, dauerhaft gesperrt werden als auch Gruppen, bei denen wiederholt solche Inhalte geteilt werden, geschlossen werden. Das Signal muss sein: „In unserer Gemeinschaft haben verletzend, volksverhetzend und diskriminierende Inhalte keinen Platz. Wer bei uns teilnehmen möchte, muss diese Regeln respektieren.“ Kommen die Plattformen ihrer Verantwortung nicht nach, so sind sie im Rahmen einer Störerhaftung zu bestrafen - da sie dafür verantwortlich sind, was im eigenen Haus passiert und toleriert wird. So entzieht man Hatespeech die Plattform, die Teilnahme an der gesellschaftlichen Öffentlichkeit, am Diskurs. Letzterer wird dadurch wieder ein Raum für alle, die sich im Rahmen eines zivilisierten Miteinanders austauschen möchten.



Politische Forderungen zur Verbesserung des digitalen Diskurses

Die Forderungen

Betroffene unterstützen

1. Landesweite Opferberatungsstellen zu Hass im Netz*

Die Opfer brauchen in jedem Bundesland eine zentrale Anlaufstelle, die auf Hatespeech speziell zugeschnitten ist. Sie dienen auch als Schnittstellen für alle betroffenen Institutionen.

3. Digitale Zivilcourage leben

Zielzustand ist eine digitale Community, die immer dort eingreift, wo ein Nutzer aggressiv angegangen, beleidigt oder bedroht wird, oder wo jemand diskriminierende, verletzende oder volksverhetzende Dinge von sich gibt. Mittel der Wahl sind hier Counterspeech, das Anbieten von Unterstützung an Betroffene und Meldefunktionen.

2. Vereinfachte Klagemöglichkeiten*

Bei einem Zivilprozess müssen die Opfer in Vorkasse gehen und mehrere hundert Euro bezahlen. Das können sich viele nicht leisten - und so kommen die Täter/innen straffrei davon. Es braucht vereinfachte und kostengünstige Klagemöglichkeiten.

** Die im Folgenden mit einem Sternchen markierten Forderungen haben wir von CAMPACT übernommen. Wir schließen uns diesen an.*

Mehr zur Petition von CAMPACT findest Du [hier](#).





Politische Forderungen zur Verbesserung des digitalen Diskurses

Die Forderungen

Institutionen

1. Überarbeitung des NetzDG

Das NetzDG muss weiterentwickelt werden, um seine bisherigen Schwachstellen zu korrigieren. Zum einen muss, zwecks Vermeidung von Overblocking, für die Prüfung der unter dem NetzDG gemeldeten Beiträge genug Zeit zugelassen werden, um sorgfältig im Rahmen des deutschen Kulturraums prüfen zu können, was wirklich Grenzen überschreitet und was nicht. Im Sinne der Wahrung der Meinungsfreiheit muss Overblocking hierbei genauso mit Strafe bedacht werden können wie Underblocking. Zum anderen dürfen potentiell strafrechtlich relevante Inhalte nicht nur gelöscht werden. Hier muss eine Sperrung des Kommentators sowie eine Meldung an Strafverfolgungsbehörden erfolgen, um bei einer möglichen Straftat den Täter zur Rechenschaft ziehen zu können.

2. Aufbau einer bundesweiten Meldestelle für Hass im Netz

Das Melden von Hatespeech muss für Nutzer einfach umsetzbar und bekannt sein. Dafür braucht es eine personell gut ausgestattete, bundesweite Meldestelle, die hereinkommende Fälle binnen 48 Stunden auf strafrechtliche Relevanz prüft und bei Vorliegen dieser selbst rechtliche Schritte einleitet. Diese Stelle muss entsprechend beworben werden, sodass Nutzern diese Form der Intervention bekannt ist.

3. Beauftragte für Hatespeech im Netz auf jeder Polizeidienststelle*

Nur Polizist/innen, die das Netz und seine Dynamiken kennen, können die Opfer optimal unterstützen und die Täter/innen effektiv verfolgen.

4. Personalaufbau und Qualifizierung der Strafverfolgungsbehörden zu Cybercrime

Es braucht eine deutliche Aufstockung des Personals der Strafverfolgungsbehörden im Bereich Cybercrime sowie die Qualifizierung der bereits aktiven Kräfte. Ziel ist das Herstellen einer hohen Wahrscheinlichkeit der Strafverfolgung bei strafrechtlich relevanten Handlungen im digitalen Raum.

5. Zentrale Ermittlungsstellen zu Hatespeech bei den Staatsanwaltschaften*

Die Staatsanwaltschaften der Länder müssen Hatespeech-Fälle zentral sammeln und auswerten, um erkennen zu können, wann es sich um systematische Attacken von rechten Gruppen handelt.

6. Digitale Streifenwagen und digitale Handschellen für die Polizei

Die polizeilichen Behörden müssten in Härtefällen Kommentare oder Beiträge in sozialen Medien selbstständig entfernen oder Nutzer temporär stumm schalten können (entsprechend einer vorläufigen Festnahme im echten Leben). Solche Handlungen müssen der jeweiligen Plattform und dem betreffenden Nutzer transparent kommuniziert werden. Anschließend müsste bei Vorliegen einer Straftat ein reguläres Strafverfahren gegen den Verfasser und ggf. die Plattform eingeleitet werden.



Politische Forderungen zur Verbesserung des digitalen Diskurses

Die Forderungen

Prävention

1. Präventionsprogramme an Schulen*

Statistiken zeigen: Vor allem Jugendliche sind mit Hatespeech im Netz konfrontiert. Die Länder müssen Präventionsprogramme auflegen, die obligatorische Schulungen von Lehrer/innen und Jugendlichen ermöglichen.

2. Lehrer in Medienkompetenz schulen

Lehrkräfte benötigen eine grundlegende Qualifizierung zu den Themen Hatespeech und Cybersicherheit. Sie müssen Schüler sensibilisieren und unterstützen können, wenn diese akut betroffen sind.



3. Forschungseinrichtungen unterstützen

Der Bund sollte im Sinne einer zeitgemäßen Digitalisierungsstrategie, die die demokratische Relevanz des digitalen Diskurses anerkennt, Forschungsarbeiten zu den Themen „digitaler Diskurs“ und „digitales Verhalten“ fördern. Mit diesen Erkenntnissen können Regelungen und gesellschaftlicher Umgang mit digitaler Öffentlichkeit angemessen und faktenbasiert gestaltet werden.



Politische Forderungen zur Verbesserung des digitalen Diskurses

Die Forderungen

Bewusstsein schaffen und Wissen vermitteln

1. Gesellschaft sensibilisieren

Es braucht öffentlichkeitswirksame Maßnahmen zur Sensibilisierung für die Relevanz des digitalen Diskurses im vorpolitischen Raum, zu den aktuellen Problemen sowie zur Zivilcourage jedes Einzelnen. Es gilt, die Selbstwirksamkeit der Nutzer zu aktivieren und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, die jeder nutzen kann, um zu einem konstruktiven gesellschaftlichen Miteinander beizutragen.

2. Gesunden Diskurs fördern und vorleben

Ein zivilisierter Umgang mit unterschiedlichen Meinungen in einer pluralistischen Gesellschaft sollte aktiv vorgelebt werden. Das betrifft alle öffentlichkeitswirksamen Diskussionen, die aktiv gestaltet werden können, z. B. Diskussionen in Talkshows, Debatten im Bundestag etc. Hier sollte immer wieder der Impuls gegeben werden, dass die Regeln des Respekts einzuhalten sind und die Würde des jeweils Anderen zu wahren ist. Auch könnte man darauf hinweisen, wenn unsachliche Argumentationstaktiken verwendet werden, um den Beobachter darin zu schulen, Ablenkungsmanöver zu erkennen.



Politische Forderungen zur Verbesserung des digitalen Diskurses

Und jetzt?

Was Du tun kannst

Veränderungen entstehen, indem wir alle mit anpacken. Wenn Du mit unseren Forderungen einverstanden bist, dann hilf uns, sie zu verbreiten, und das Thema so lange ins Gespräch zu bringen, bis sich etwas tut:

- **Teile diese Forderungen** und erzähl Deinen Freunden davon.
- Unterschreibe die Petition von Campact.
- Versuche, auch in aufgeheizten Diskussionen **sachlich zu bleiben und nicht persönlich zu werden**.
- **Unterstütze andere Nutzer**, die angegriffen werden.
- Melde **vermutlich strafrechtlich relevante Postings** auf hassmelden.de.
- **Informiere Dich vor Wahlen** über die aktuelle Politik zu der Thematik. Du entscheidest mit, ob Politiker gewählt werden, die das Internet und seinen Diskurs verstehen und ernst nehmen.
- Vergiss nicht: die aggressiven Töne kommen von einer **lauten aber kleinen Minderheit**.

Das Internet gehört uns allen.

Lasst es uns gemeinsam zu einem Ort machen, an dem wir uns alle angstfrei austauschen können.



RECONQUISTA INTERNET